



STANDPUNKT

**focus 7/18**  
November

## Detailhandel und Städte brauchen einander



**Dagmar T. Jenni,**  
Geschäftsführerin der Swiss  
Retail Federation, des Ver-  
bands der mittelständischen  
Detailhändler

Der Detailhandel befindet sich in einem tiefgreifenden Strukturwandel: Die Digitalisierung pflügt die Branche um. In der Schweiz hat die Frankenstärke die Situation weiter verschärft. Stationär geprägte Detailhandelsunternehmen stehen vor grossen Herausforderungen. Stationär und online darf man dabei nicht gegeneinander ausspielen, ein optimales Angebot ist nur im Zusammenspiel beider Kanäle möglich. Der stationäre Handel kann seine Trümpfe – die persönliche Beratung und das Einkaufserlebnis – kultivieren. Matchentscheidend – das zeigen Praxis und Untersuchungen – ist aber immer auch die Verknüpfung mit digitalen Services, insbesondere in der Vorkaufphase, z.B. über eine Online-Bestandsabfrage der Artikel.

Der Detailhandel ist auf die Städte angewiesen: In den urbanen Räumen sind die Leute – weil sie hier leben oder Einkäufe erledigen. Hier pulsiert das Leben, werden Trends gesetzt, treten neue Entwicklungen an die Oberfläche. Hier will der Detailhandel den Puls der Zeit spüren und Umsätze erwirtschaften. Und hier braucht es ihn auch: Die Detailhandelsbranche leistet einen Beitrag zu einer lebendigen Stadt und prägt den öffentlichen Raum, sie stellt die Versorgung sicher und ermöglicht Konsumerlebnisse.

Der Strukturwandel im Detailhandel ist deshalb auch für die Städte eine Herausforderung. Noch kennt die Schweiz kaum Szenen wie in Mittel- und Nordengland, wo ganze High Streets veröden, weil sich Kaufhäuser und Kleiderhandel in Malls am Stadtrand, in regionale Shopping-Mekkas und ins Internet verabschiedet haben. Aber wir tun gut daran, uns rechtzeitig zu überlegen, was auf uns zukommt – und wie wir darauf reagieren können.

Zwischen Städten und Handel ist ein intensiver Dialog in Gang gekommen. Im Projekt «Handel im Wandel» der Zürcher Stadtentwicklung haben wir uns intensiv mit den Konsequenzen von Trends wie der Digitalisierung und dem demografischen Wandel für den städtischen Raum auseinandergesetzt. Die Zürcher Metropolankonferenz hat im Rahmen des Projekts «Strukturwandel im Detailhandel» eine Studie in Auftrag gegeben, die der Politik und der Branche Erkenntnisse und Empfehlungen liefert.

Ich freue mich sehr, dass die Städte und andere staatliche Akteure anerkennen, dass der Detailhandel für sie wichtig ist und dass ihre Rahmenbedingungen sich auf das Gedeihen der Branche auswirken. Den Dialog über das Zusammenspiel weiterhin zu führen, sehe ich als eine zentrale Aufgabe unseres Verbands an. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

### Liebe Leserin, lieber Leser

Der Detailhandel steht stark unter Druck. Die Leerstände bei den Verkaufsf lächen haben den höchsten Stand seit Ende der 90er Jahren erreicht, wie die Studie «Schweizer Immobilienmarkt 2018» der Credit Suisse zeigt. Mit spürbaren Konsequenzen für die Städte: Das «Ladensterben» wirkt sich auf das Leben und die Vielfalt in den Innenstädten und Quartieren aus. Mit jeder Schliessung verschwinden Arbeitsplätze und nicht selten auch ein Stück Tradition.

Was also ist zu tun, damit der Detailhandel als wichtiges Element einer lebendigen, prosperierenden Stadt erhalten bleibt? Viele Städte erarbeiten derzeit neue Ansätze, die zum Beispiel Gewerbetreibende und Bevölkerung stärker einbeziehen, wie der Blick nach St.Gallen und Freiburg in dieser «focus»-Ausgabe zeigt.

Viel Spass bei der Lektüre!

### Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

## INTERVIEW

## «Gegenseitige Schuldzuweisungen sind nicht zielführend»


**Thierry Steiert**  
**Stadtmann von Freiburg**

Thierry Steiert, Jahrgang 1963, ist seit 2011 Gemeinderat und seit April 2016 Stadtmann von Freiburg. Nach dem Lizentiat in Rechtswissenschaften an der Universität Freiburg hat er das Anwaltspatent erworben und zuerst als Gerichtsschreiber am Bezirksgericht des Seebezirks, danach als Amtsvorsteher und schliesslich Generalsekretär der kantonalen Sicherheits- und Justizdirektion gearbeitet. SP-Mitglied Thierry Steiert ist von Haus aus zweisprachig.

**Internet oder Innenstadt – wo kaufen Sie in der Regel ein?**

Ich kaufe praktisch alles, was ich brauche, in der Stadt Freiburg ein. Wir haben glücklicherweise noch zahlreiche Detailhändler sowie Einkaufszentren in der Stadt, so dass eigentlich das ganze Angebot verfügbar ist.

**Die Digitalisierung setzt den Detailhandel unter Druck, viele Läden kämpfen ums Überleben. Wie ist diese Entwicklung in Freiburg zu spüren?**

Nicht nur die Digitalisierung setzt den Detailhandel unter Druck, sondern auch die Einkaufszentren, die in der Peripherie entstanden sind, sowie generell die veränderten Einkaufsgewohnheiten. Diese Entwicklung führt in Freiburg zu einem Auszug des Detailhandels und zu leerstehenden Flächen, insbesondere in der Altstadt. Wir haben deshalb das Netzwerk Altstadt beauftragt, eine Stadtanalyse durchzuführen und Empfehlungen zu erarbeiten. Die Experten haben unter anderem festgestellt, dass der Einzelhandel im Bereich des Bahnhofs optimale Bedingungen vorfindet, dass die Konzentration um den Bahnhof aber auch den Hauptgrund für den Verlust des Detailhandels in der Altstadt darstellt. Hingegen ist dort die Gastronomie noch sehr präsent.

**Verändert dieser Strukturwandel auch den Charakter der Stadt?**

Der Strukturwandel hat ohne Zweifel einen Einfluss auf den Charakter der Stadt.

Immer häufiger werden z.B. in den betroffenen Quartieren frühere Geschäftslokale in Wohnungen umgenutzt, was auch eine Auswirkung auf das Leben im Quartier hat. Leerstehende Ladenflächen wirken sich auch auf die Qualität des öffentlichen Raums in der Umgebung aus.

**Was unternimmt die Stadt Freiburg, um dem Ladensterben entgegenzuwirken?**

Nach der Analyse des Netzwerks Altstadt werden wir zusammen mit allen beteiligten Partnern und Betroffenen eine Nutzungsstrategie erarbeiten. Zaubermittel gibt es aber keine, das muss klar gesagt werden. Wir können punktuell eingreifen und Rahmenbedingungen schaffen, aber gegen gesellschaftliche Trends wie den Internethandel ankämpfen zu wollen, ist illusorisch. Die Experten des Netzwerks Altstadt haben denn auch festgehalten, dass es nicht möglich sein wird, den Detailhandel in die Altstadt zurückzuholen. Vielmehr versuchen wir, mit dem partizipativen Ansatz neue Lösungsansätze zu identifizieren.

**Inwiefern sind Gewerbetreibende und Bevölkerung gefordert?**

Alle beteiligten Kreise sind gefordert, namentlich die Gewerbetreibenden, die Quartiervereine, die Hauseigentümer und die zuständigen Behörden. Gegenseitige Schuldzuweisungen sind nicht zielführend, vielmehr darf von allen erwartet werden, dass sie bei der Lösungsfindung ihren Beitrag leisten. Oft

sind es gerade Einwohner und Gewerbetreibende, die mit innovativen Ideen zur Belegung eines Quartiers beitragen. Diese Vorstösse muss man, wenn sie umsetzbar sind, auch seitens der Behörden unterstützen.

**In einzelnen Städten wurden Vorstösse lanciert, die eine Steuer für Leerstände verlangen. Ist das aus Ihrer Sicht eine mögliche Lösung?**

Wenn manche Hauseigentümer Geschäftslokale an guter Lage während Jahren oder gar Jahrzehnten leer stehen lassen, muss man sich nicht wundern, dass solche politischen Vorstösse lanciert werden. Eine Steuer für Leerstände scheint mir aber eher problematisch und dürfte nur bedingt zur Lösung des Problems beitragen. Die Eigentümer dürfen sich aber nicht aus ihrer Verantwortung stellen und müssen ihren Beitrag leisten.

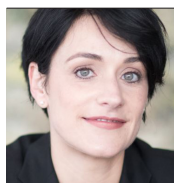
**Wie sieht Freiburg in 20 Jahren aus?**

Die Stadt Freiburg wird nach der Fusion mit den umliegenden Gemeinden ein wichtiges urbanes Zentrum zwischen den Grossräumen Bern und Lausanne darstellen. Als klassische Universitätsstadt wird sie ihre Position im Bereich der Bildung und Forschung noch verstärken und die Brückenfunktion zwischen den beiden wichtigsten Sprachgemeinschaften unseres Landes wahrnehmen. Die Stadt wird eine grössere bauliche Dichte aufweisen und der öffentliche Raum wird neu gestaltet sein, um eine optimale Lebensqualität zu bieten.

THEMA

# St.Galler Lösungen für eine attraktive Innenstadt

Dem «Lädelerben» in der Innenstadt begegnet St.Gallen mit dem partizipativen Projekt «Zukunft St.Galler Innenstadt» und kann mit ersten Erfolgen aufwarten. Bis alle Massnahmen greifen, bleibt noch viel zu tun. Aber einfach «Zuschauen» wollten die Verantwortlichen von Stadt und Gewerbe nicht.



**Isabel Schorer**

leitet seit 2009 die Standortförderung Stadt St.Gallen und sitzt für die FDP im St.Galler Kantonsrat.

Innovationswille, Durchhaltevermögen und Engagement sind das St.Galler Rezept, um der Komplexität des Phänomens «Lädelerben» zu begegnen. Dass sich dieser Aufwand lohnt, zeigen die aktuellsten Erfolge in St.Gallen – der Leerstand ist rückläufig und beträgt aktuell 6,5 Prozent auf Retailflächen. Neben diesen Zahlen sind auch das wachsende Verständnis für die Aufgaben und der gegenseitige Respekt aller am Projekt Beteiligten deutlich spürbar. Doch was veranlasste St.Gallen aktiv zu werden?

E-Commerce, Konkurrenzkampf mit immer mehr Freizeitangeboten, das nahe Ausland und die Frankenstärke: Wie viele andere Städte war auch St.Gallen in den letzten Jahren mit einem Rückgang der Besucherfrequenzen in der Innenstadt konfrontiert. Ausdruck dieses schleichenden Prozesses waren dunkle Schaufenster, die plötzlich vermehrt in der Innenstadt anzutreffen waren. Weil leerstehende Geschäfte «ansteckend» wirken, entschieden sich die Stadt St.Gallen

und die St.Galler Wirtschaftsverbände 2016 zu handeln. St.Gallen startete im Sommer vor zwei Jahren mit dem Projekt «Zukunft St.Galler Innenstadt» und öffnete den Fächer dazu weit.

«Die Heterogenität der Blickwinkel und die damit einhergehenden Zielkonflikte sensibilisierten für die verschiedenen Bedürfnisse und stärkten das ‚Wir-Gefühl‘.»

Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft, der Verwaltung, von Hauseigentümerschaften, Gassengesellschaften und Anwohnenden wurden partizipativer Bestandteil der Lösungsfindung. In Foren wurden unterschiedlichste Probleme und Ansätze diskutiert. Die Heterogenität der Blickwinkel und die damit einhergehenden Zielkonflikte sensibilisierten die Anspruchsgruppen für die verschiedenen Bedürfnisse und stärkten das «Wir-Gefühl» im weiteren Verlauf des Projekts wesentlich. Im Mai 2017 konnte ein gemeinsames Zukunftsbild präsentiert werden: «Die St.Galler Innenstadt ist eine weitherum bekannte, belebte und in ihrem historischen Umfeld einzigartige Einkaufs-, Erholungs-, Gastro- und Kulturdestination, getragen von den lokalen Akteuren.»

Darauf basieren die zehn Massnahmenfelder, welche jetzt in Konzeption und Umsetzung sind (siehe Abbildung). Drei konkrete Beispiele:

**City Management:** Die Koordinationsstelle City Management soll die im heutigen Zustand auf diverse Stellen verteilten Aufgaben bündeln, als «Kümmerer» die verschiedenen Aktivitäten in der Innenstadt abstimmen sowie die gemeinsame Vermarktung vorantreiben.

**Parkierungssituation:** Das Teilprojekt Velo-Lieferdienst startet im Sommer 2019 als Pilot und ermöglicht die Lieferung der getätigten Einkäufe bis vor die Haustüre. Diese Massnahme gestaltet das Einkaufserlebnis in der Innenstadt komfortabler.

**Zwischennutzungen:** Mit viel Sensibilisierungsarbeit bei Hauseigentümerschaften können immer mehr Flächen für Zwischennutzungen verfügbar gemacht werden. Dieses dem Zeitgeist entsprechende Ladenformat kann den Leerstand reduzieren, die Innenstadt beleben und auf spielerische Weise ein kreatives Angebot ins Portfolio bringen.

Die vielen Reaktionen bestätigen den schweizweiten Vorbildcharakter des Projekts, um dem Thema «attraktive Innenstadt» wirksam und unter Involvierung der wesentlichen Anspruchsgruppen zu begegnen. Das alleine ist noch keine Garantie für einen langfristigen Erfolg, doch St.Gallen gestaltet nun die Zukunft seiner Innenstadt mit viel Zuversicht.

Weiterführende Informationen:  
[www.stadt.sg.ch/zukunftinnenstadt](http://www.stadt.sg.ch/zukunftinnenstadt)

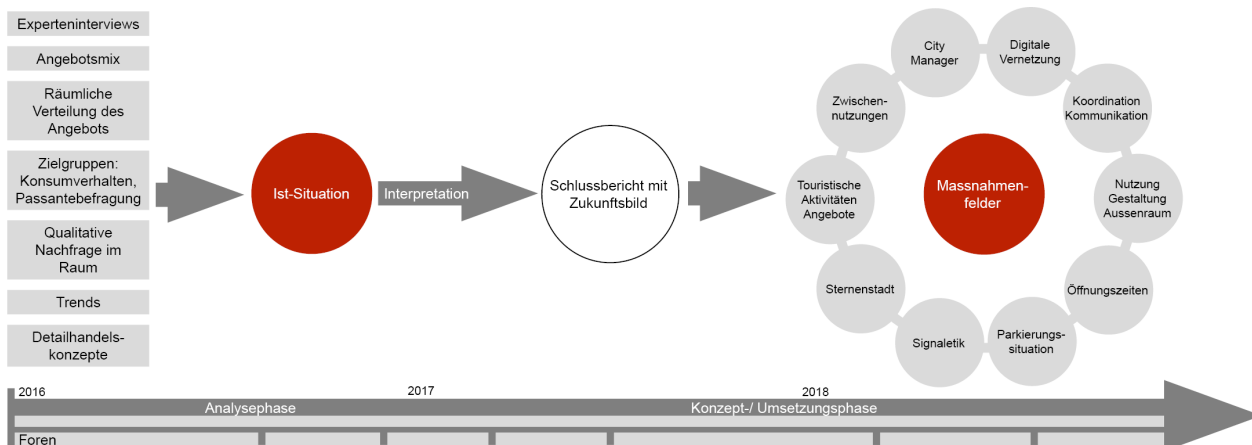


Abbildung: Projekttablauf / Quelle: Eigene Darstellung Standortförderung Stadt St.Gallen



## POLITIK

## Ausblick auf die Wintersession

Nebst der Wahl von zwei neuen Mitgliedern des Bundesrates berät das Parlament in der Wintersession mehrere Vorlagen, die für die Städte und Agglomerationen von grosser Bedeutung sind. Dazu gehören:

### Überarbeitung Finanz- und Lastenausgleich

Der Ständerat behandelt als Erstrat die Reform des Nationalen Finanzausgleichs, die auf Grundlage der Wirksamkeitsanalyse 2016-2019 erarbeitet wurde. Durch eine Änderung der Berechnungsmethode reduzieren sich die Bundesmittel um bis zu 280 Millionen Franken pro Jahr. Der Bundesrat will diese Mittel je hälftig dem soziodemografischen Lastenausgleich und den ressourcenschwachen Kantonen zukommen lassen. Für den Städteverband ist diese Aufstockung des soziodemografischen Lastenausgleichs das Minimum, um die ungleiche Abgeltung der bestehenden Lasten etwas zu korrigieren. Die typischerweise in Städten anfallenden Sonderlasten aufgrund der Demographie werden heute lediglich zu 10 % und die Kernstadtlasten gar lediglich zu 4 % abgegolten – gegenüber 30 % bei den geografisch-topografischen Lasten. Dieses Missverhältnis kann so etwas korrigiert werden.

### Weitere Runde gegen Tempo 30

Der Nationalrat befindet im Rahmen des sogenannten Vorprüfungsverfahrens über die

Parlamentarische Initiative «Den Verkehrsfluss auf Hauptverkehrsachsen nicht verunmöglichen». Damit soll das Bundesrecht Kantonen und Gemeinden verbieten, aus Lärmschutzgründen Tempo 30 anzuordnen. Der Städteverband und der Gemeindeverband lehnen das Anliegen ab. Es verstösst gegen das Subsidiaritätsprinzip und entzieht Städten und Gemeinden ein einfaches, kostengünstiges und oft auch das einzige Mittel, ihre Bevölkerung gemäss Gesetzesauftrag vor Lärm zu schützen. Findet der Vorstoss in der grossen Kammer eine Mehrheit, geht das Geschäft noch einmal in die Kommission des Ständerats. Diese hatte sich in der ersten Vorprüfungsrunde dagegen ausgesprochen.

### Mehr bezahlbare Wohnungen

Mehr preisgünstigen, gemeinnützigen Wohnraum fordert eine Volksinitiative, zu welcher der Nationalrat in dieser Session Stellung nimmt. In Zusammenarbeit mit den Kantonen soll der Bund das Angebot an bezahlbaren Mietwohnungen fördern. Der Bundesrat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Dafür schlägt er vor, den Fonds de Roulement um 250 Millionen Franken aufzustocken. Die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus durch Darlehen des Bundes entspricht den wohnraumpolitischen Zielen zahlreicher Schweizer Städte. Der SSV unterstützt die Aufstockung des Fonds

ausdrücklich. Zahlreiche Städte sind gar für eine Erhöhung der Mittel um 350 Millionen Franken. Dass der Rahmenkredit nur in Kraft treten soll, wenn die Initiative zurückgezogen oder abgelehnt wird, ist allerdings unverständlich. Der Städteverband lehnt die Verknüpfung von Fonds und Initiative deshalb ab.

### EL-Reform im Sinne der Städte

Die Reform der Ergänzungsleistungen EL befindet sich in der Differenzbereinigung und wird in der Wintersession im Ständerat beraten. Der Städteverband hat sich in diesem Geschäft mehrfach ans Parlament gewandt und zusammen mit dem Gemeindeverband darauf aufmerksam gemacht, dass Verschlechterungen für die kommunale Ebene drohen. So prüfte das Parlament zwischenzeitlich beispielsweise eine Mindest-Einzahldauer bei der AHV als Bedingung für einen Bezug von EL. Eine solche ist aus Sicht der Städte und Gemeinden nicht sinnvoll, weil sie Verlagerungen in die Sozialhilfe auslöst. Nach der Intervention der Kommunalverbände wurde auf das Vorhaben verzichtet. Zur Debatte steht nun noch eine EL-Reduktion für Personen, die ihr Pensionskassenkapital bezogen und aufgebraucht haben. Der Städteverband lehnt dies ebenfalls ab, damit die Städte und Gemeinden neue finanzielle Lücken der Betroffenen nicht durch die Sozialhilfe ausgleichen müssen.

## Vernehmlassungen

### Neues Gesetz über elektronische Medien

Das BAKOM möchte mit dem neuen Bundesgesetz über elektronische Medien das bestehende Radio- und Fernsehgesetz den Erfordernissen einer veränderten Mediennutzung und neuer Technologien anpassen. Der Städteverband begrüsst dieses Vorhaben grundsätzlich, insbesondere, dass neben Radio und Fernsehen auch Online-Medien gefördert werden können. Die Voraussetzungen, um Förderung zu erhalten, werden jedoch als nicht zweckgemäss beurteilt. Ausserdem wird erwartet, dass das Gesetz weiterhin Mindestanforderungen definiert, etwa die Pflicht zur faktentreuen und ausgewogenen Darstellung von Tatsachen. Die Schaffung einer Kommission für elektronische Medien KOMEM lehnt der SSV ab.

### Den Zivildienst nicht schlechter stellen

Für die Armee ist es zunehmend schwierig, jedes Jahr die geplante Anzahl Rekruten auszuheben. Dies, weil sich dienstfähige junge Männer vermehrt für den Zivildienst entscheiden. Der Bund plant mehrere Massnahmen, um den Zugang zum Zivildienst zu erschweren. So etwa eine längere Dienstleistungspflicht für Personen, die nach einer absolvierten «RS» in den Zivildienst wechseln. Der Städteverband betont in seiner Stellungnahme, dass er das Anliegen der Armee, genügend Soldaten zur Verfügung zu haben, anerkennt. Er empfiehlt aber eine Gesamtreform anstelle alleiniger Massnahmen beim Zivildienst. Zivildienstleistende erbringen gerade auch im Sozialwesen der Städte wichtige Leistungen.

### Fehlende Entlastung der Gemeinden

2011 wurde die neue Pflegefinanzierung eingeführt. Der Bund hat nun deren Auswirkungen evaluiert und ist zum Schluss gekommen, dass das neue System funktioniert und die Patienten finanziell entlastet. Er möchte aber dennoch Anpassungen vornehmen: Die Tarife für die Pflege im Heim sollen leicht erhöht, jene für die Spitex-Pflege zuhause dagegen leicht gesenkt werden. Der Städteverband lehnt dies ab, weil der Grundsatz «ambulant vor stationär» in Frage gestellt wird. Er kritisiert zudem die Evaluation, weil sie keine Massnahmen zur Entlastung der Städte und Gemeinden vorschlägt.

Weitere Vernehmlassungen unter:  
[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

## AKTUELL

## Städteverband im Fokus

### E-ID-Gesetz: Digitale Identität als hoheitliche Aufgabe



Mitte November befasste sich die Rechtskommission des Nationalrats mit dem E-ID-Gesetz. Der Städteverband forderte in seiner Stellungnahme, dass auch Kantone und Städte als Identity Provider zugelassen werden und die Datenverwendung durch die Identity Provider klarer definiert wird. Auch muss nach Auffassung des Städteverbandes der Gesetzgeber dafür sorgen, dass die E-ID-Systeme der verschiedenen Identity Provider miteinander kompatibel sind und die Kosten für die darauf aufbauenden Dienste reguliert sind. Im Übrigen ist es für den Städteverband unabdingbar, dass Rahmenbedingungen für eine nationale, vertrauenswürdige und einheitliche digitale Identität rasch festgelegt werden.

### Nationaler Kulturdialog: Literaturförderung soll besser koordiniert werden



Künftig soll die Literaturförderung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden besser aufeinander abgestimmt werden.

Vor allem bei den Autorenlesungen und der Förderung von literarischen Übersetzungen stimmte der Nationale Kulturdialog an seiner Sitzung vom 5. November den Empfehlungen der Arbeitsgruppe Literaturförderung zu. Weiter nahm der Nationale Kulturdialog von einem Bericht über die Fördertrends im Bereich Tanz Kenntnis und liess sich über den aktuellen Stand der Arbeiten an der neuen Kulturbotschaft informieren.

[www.bak.admin.ch](http://www.bak.admin.ch)

### Sozialhilfe: Erfolge bei der beruflichen Integration von Jugendlichen



Jugendlichen gelingt es verhältnismässig oft, sich aus der Abhängigkeit der Sozialhilfe zu befreien. Dies eine erfreuliche Erkenntnis aus dem diesjährigen Kennzahlenbericht der Städteinitiative Sozialpolitik. Die im Oktober veröffentlichte Studie enthält erstmals eine statistische Langzeitanalyse des Werdegangs von Jugendlichen. Betrachtet wurden alle 17-Jährigen, die 2010 in den 14 beteiligten Städten von der Sozialhilfe unterstützt wurden. Betrachtet man diese

Gruppe in den folgenden sieben Jahren, so bezogen lediglich acht Prozent von ihnen dauerhaft Sozialhilfe. Viele schafften vorübergehend oder dauerhaft den sozialen Aufstieg: 76 Prozent der Risikogruppe waren im Alter von 23 Jahren nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen. Fragil bleibt ihre berufliche Zukunft insbesondere dann, wenn sie keine Lehre abschliessen konnten. Insgesamt lässt sich aber feststellen, dass die Anstrengungen, jugendliche Sozialhilfebezüger stärker zu begleiten, fruchten, wie Nicolas Galladé, Präsident der Städteinitiative an der Medienkonferenz festhielt. Der Bericht stellt zudem fest, dass die Sozialhilfequote in den beobachteten Städten derzeit nur moderat wächst. Die Anzahl der Fälle hat mit durchschnittlich 1,6 Prozent deutlich weniger stark zugenommen als in den Vorjahren.

[www.staedteinitiative.ch](http://www.staedteinitiative.ch)

### Gesundheitsförderungs-Konferenz: Städte und Gemeinden am Puls der Gesundheit



Städteplanung, Bau von Sportanlagen und Spazierwegen, Alters-, Bildungs- und Sozialpolitik. Es gibt verschiedene Bereiche, in denen Städte und Gemeinden etwas für die Gesundheit ihrer Bevölkerung tun können. Eine Konferenz im Januar 2019 widmet sich Ideen und Konzepten zur Gesundheitsförderung auf Gemeindeebene. Der Städteverband wirkte bei der Gestaltung des Tagungsprogramms mit und erachtet es als interessante Möglichkeit, das Handeln der städtischen Behörden und Politik aus einem etwas andern Blickwinkel – jenem der Gesundheit – zu diskutieren.

[www.konferenz.gesundheitsfoerderung.ch](http://www.konferenz.gesundheitsfoerderung.ch)

### 2. Schweizerischer Stadtwerkekongress am 29. März 2019 in Bern



Wie beeinflusst die smarte Stadt unser Leben, wie bewegen wir uns in ihr? Welche Technik und welche Energiedienstleistungen brauchen wir in der Stadt von morgen und wer stellt sie uns zur Verfügung? Welche Verantwortung hat dabei ein Stadtwerk? Diese Fragen stehen im Zentrum des 2. Schweizerischen Stadtwerkekongresses der am 29. März 2019 in Bern stattfindet. Der Städteverband gehört zur Trägerschaft dieser alle zwei Jahre stattfindenden Veranstaltung.

[www.stadtwerkekongress.ch](http://www.stadtwerkekongress.ch)

## Kurzmeldungen

### Tagung intergenerative Betreuung

In der Fachwelt wird intensiv darüber diskutiert, wie Betreuungsinstitutionen für die jüngste und älteste Generation näher zusammenarbeiten können – etwa indem Altersheime und Kinderkrippen gemeinsame Nachmittage planen. Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft SGG organisiert am 27. November eine Tagung zum Thema.

[www.intergenerationen.ch](http://www.intergenerationen.ch)

### Jugendfachtagung des sifg

Die 10. Schweizer Fachtagung «Erscheinungsformen von Jugendgewalt – Hintergründe und Präventionsmöglichkeiten» beleuchtet Aspekte der Jugendgewalt in ihrer ganzen Breite und legt den Fokus auf ihre Hintergründe und deren Präventionsmöglichkeiten.

[www.sifg.ch](http://www.sifg.ch)

### Blick auf 20 Jahre Stadtpolitik

In einem «Städte monitoring» hat Avenir Suisse die Politik der zehn grössten Schweizer Städte verglichen. Insgesamt gelangt die Studie zu einer positiven Beurteilung der Schweizer Stadtpolitik. Gerade im Bereich der Digitalisierung nahmen die Städte eine Pionierrolle ein, von der andere Gemeinden profitieren könnten, schreibt der Think Tank.

[www.avenir-suisse.ch](http://www.avenir-suisse.ch)

### SmartSuisse in Basel

Durch die intelligente Verknüpfung der Infrastruktursysteme leisten Smart-City-Technologien einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung vieler städtischer Herausforderungen. Die Potenziale entfalten sich aber erst in einem kooperativen Netz zwischen Verwaltung, Bevölkerung, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Dies ist der Ansatz der SmartSuisse, die am 10. und 11. April 2019 in Basel stattfindet.

[www.smartsuisse.com](http://www.smartsuisse.com)

  
smartSuisse  
Smart up Your City

10.-11. April 2019  
Congress Center Basel

# Agenda

## Schweizerischer Städteverband SSV

- 5./6. September 2019**      **Städtetag 2019** in Chur  
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)

## Organisation Kommunale Infrastruktur

- 17. Januar 2019**      **Recyclingkongress 2019** in Biel  
Information: [www.recyclingkongress.ch](http://www.recyclingkongress.ch)

## Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 3. Juni 2019**      **Save-the-date - Mitgliederversammlung und Fachanlass der Städtekonferenz Mobilität**  
Information: Paul Schneeberger, Telefon 031 356 32 32, [info@skm-cvm.ch](mailto:info@skm-cvm.ch)
- 26. September 2019**      **Save-the-date - 17. Kongress zur nationalen Sicherheit KSSD/SVS/SKP** in Bern  
Information: Barbara Brechbühl, Telefon 031 356 32 32, [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)

## Weitere Organisationen

- 27. November 2018**      **Intergenerative Betreuung – erfolgreich durch eine interdisziplinäre Praxisgestaltung** in Aarau  
Information: [www.intergenerationen.ch](http://www.intergenerationen.ch)
- 28. November 2018**      **«HITZE IN STÄDTEN» Präsentation Publikation und Abschlusstagung** in Bern  
Information: [www.are.admin.ch](http://www.are.admin.ch)
- 4. Dezember 2018**      **6. Nationale Smart City-Tagung** in Pully (Patronat: SSV)  
Information: [www.energieschweiz.ch](http://www.energieschweiz.ch)
- 17. Januar 2019**      **20. Nationale Gesundheitsförderungs-Konferenz: «Städte und Gemeinden am Puls der Gesundheit»** in Bern  
Information: [www.konferenz.gesundheitsfoerderung.ch](http://www.konferenz.gesundheitsfoerderung.ch) (Patronat SSV)
- 27. Februar 2019**      **digma-Tagung zum Datenschutz** in Bern (Zusatztermin, Patronat: SSV)  
Information: [www.digma-tagung.ch](http://www.digma-tagung.ch)
- 5./6. März 2019**      **Save-the-date - Swiss eGovernment Forum: «Verwaltung - Ihre Rolle in der digitalen Gesellschaft»** in Bern  
Information: [www.e-governmentforum.ch](http://www.e-governmentforum.ch)
- 29. März 2019**      **Schweizerischer Stadtwerkekongress** in Bern (Patronat: SSV)  
Information: [www.stadtwerkekongress.ch](http://www.stadtwerkekongress.ch)
- 10./11. April 2019**      **Save-the-date - SmartSuisse** in Basel (Patronat: SSV)  
Information: [www.smartsuisse.com](http://www.smartsuisse.com)

### Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern  
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Dominic Blumenthal, Barbara Brechbühl, Karin Christen, Julia Imfeld, Carol Mauerhofer, Maja Münstermann, Paul Schneeberger, Martin Tschirren;  
Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Porträt Seite 1: zvg; Foto Seite 2: Valentine Brodard; Foto Seite 3: zvg.  
Telefon 031 356 32 32, [www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)  
Newsletter abonnieren: [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)